

Eureins Abendjournal

Einen schönen Abend wünscht Barbara Schieder.

In Sachen Justizreform kommt die schwarz-grüne Regierung auf keinen gemeinsamen Nenner die Verknüpfung der gewünschten unabhängigen Weisungsspitze mit dem umstrittenen Zitierverbot aus Ermittlungsakten ist da keine Hilfe.

Unter Alkoholeinfluss und übermüdet hat die ehemalige ÖFP-Nationalteam-Spielerin Nina Burger im Vorjahr einen Verkehrsunfall mit Todesfolge verursacht. Nach einem Geständnis wurde sie heute zu einer teilbedingten Haft verurteilt. Der Machtkampf zweier schwerbewaffneter Gruppen im Sudan hat bereits um die 100 Menschenleben gefordert. Zu 25 Jahren Straflager wurde der russische Dissident Karamursa verurteilt. Der europäische Rechnungshof will unnötige Tiertransporte mit neuen Förderrichtlinien verhindern und was das Wetter zu bieten hat, weiß Michael Mattern.

Heute Abend nun über Nacht ziehen ein paar Schauer durch speziell vom Tenengau bis ins Mostviertel. Meist bleibt es aber trocken. Tiefstwerte 0 bis 10 Grad. Morgendienstag überwiegen von Salzburg Ostwärts die Wolken und hier regnet es zeitweise bei einer Schneefallgrenze zwischen 1300 und 1800 Meter am meisten in Ober- und Niederösterreich sowie in der Obersteiermark.

Im Westen und Süden gibt es dagegen höchstens einzelne Schauer und speziell von Vorarlberg bis Kärnten die eine oder andere Sonnenstunde. Beide als Leib auf dem Nordwind erreichen die Temperaturen maximal 7 bis 17 Grad.

Zwar will niemand in der Regierung laut von einer Koalitionskrise sprechen. Mit der Einigung zwischen ÖVP und Grünen sieht das in nicht wenigen Bereichen aber auch nicht so rosig aus. Etwa in Sachen Justizreform. Da geht bei dem zentralen Reformvorhaben einer unabhängigen Weisungsspitze in Form einer Generalstaatsanwaltschaft seit Monaten nichts weiter. Die Junktimierung

mit dem umstrittenen Verbot aus Ermittlungsakten zu zitieren ist da auch nicht besonders hilfreich, Stefan Kappacher berichtet.

Seit September liegt der Expertenvorschlag für eine Generalstaatsanwaltschaft auf dem Tisch. Justizministerin Alma Sardinic will den umsetzen. Dreier Senate sollen künftig Weisungen in Strafverfahren geben. Die ÖVP hätte gerne einen Bundesstaatsanwalt. Sardinic dazu.

Bei einer Scheinlösung, dass man zum Beispiel eine Person für zu lange Zeit zu viel Macht gibt. Das ist nämlich das, was die ÖVP will. Das wird es mit mir nicht geben.

Dazu kommt die politische Verknüpfung dieses Vorhabens mit umstrittenen Änderungen bei dem Beschuldigtenrechten. Die ÖVP will, dass das wörtliche Zitieren aus Ermittlungsakten verboten wird. Zitat Generalsekretär Christian Stocker.

In diesem Zusammenhang führt auch nichts an einem Zitierverbot aus Strafakten vorbei. Justizministerin Sardinic wiederum will von einem Zitierverbot, dass es in Deutschland gebe dort aber totes Recht sei, nichts wissen.

Weil es nämlich ein ganz zentrales Recht der Beschuldigten ist, Akten einzugesehen zu nehmen und diese Aktenteile für den Beschuldigten auch medial zu verwerfen.

Man könne sich dann nicht herauspicken, was einem gerade passt zu Sardinic Richtung Volkspartei. Man hat die Beschuldigtenrechte jetzt für sich entdeckt, wo einzelne ÖVP-Politiker auch beschuldigt sind.

ÖVP-Verfassungsministerin Caroline Etstadler versucht heute zu beschwichtigen, sie betont, dass es keine Koalitionskrise gäbe, auch wenn sich man kehrt das Wünschten.

Das gerade angesprochene von der ÖVP gewünschte Zitierverbot aus Strafakten stößt auch in der Rechtsanwaltskammer und beim Presseklub Concordia auf wenig Begeisterung. Warum weiß Bernd Koschow?

Manche Zitate sind legendär geworden, etwa Walter Maischberger's Wova-Meileistung. Sollen solche wörtlichen Zitate verboten werden? Nein, meint Rechtsanwaltskammerpräsident Armin Agoutoudian.

Wir halten eine solche Vorgangsweise nicht für sinnvoll, weil sie umgehungsmöglichkeiten schafft.

Es könnte ja dann, wie in Deutschland, in indirekter Rede im Konjunktiv umschrieben werden, was Inhalte eines Zitats ist.

Allzu viele Veröffentlichungen aus Strafakten sieht die Rechtsanwaltskammer aber sehr wohl kritisch. Es braucht ja eine Neuregelung für Akten von U-Ausschüssen und bei den Staatsanwaltschaften

wünscht sich der Rechtsanwaltskammerpräsident, dass man Monsterakten versucht zu vermeiden, wo es zu sehr vielen unterschiedlichen Personen kommen kann, die in den Akt Einsicht nehmen.

Weil es sonst, wie im Ibiza-Casinos-Akt, auch besonders viele Personen gebe, die Akten an Medien weitergeben können.

Und das sollte man vermeiden, indem man die Akten entsprechend teilt. Das wäre ein viel wichtigerer Zugang zur Einhaltung von beschuldigten Rechten.

Auch Andreas Koller, Präsident des Presseklubs Concordia, ist gegen ein Zitierverbot.

Wir haben fast jahrzehntelang erlebt, dass Skandale nicht aufgeklärt wurden. Das hat sich jetzt schlagartig gebessert und daran ist nicht zuletzt die Arbeit von investigativen Journalisten Schuld, die halt aus Akten zitiert haben. Und wenn man das jetzt einschränkt, ist das ein Ding, dass die Aufklärung von Skandalen also nicht gerade befördern würde.

Privates aus Akten sollen nicht veröffentlicht werden und Vorverurteilung vermieden werden, sagt Koller, aber nicht, indem man dem Journalismus Prügel vor die Füße wirft.

Wir bleiben noch bei der Justiz und kommen zum Ausgang des Prozesses gegen die ehemalige ÖFB-Nationalteamspielerin Nina Burger. Diese hat heute vor Gericht gestanden, alkoholisiert und übermüdet einen Verkehrsunfall verursacht, zu haben, bei dem ein Mann ums Leben gekommen

ist. Die 35-Jährige wurde am Landesgericht St. Pölten rechtskräftig zu neun Monaten teilbedingter Haft verurteilt, Werner Fetz berichtet.

Der Unfall hat sich am 25. November kurz vor 35 in Langenrohr bei Thull ereignet. Burger sei nach dem Besuch von Veranstaltungen und einem Lokal übermüdet und alkoholisiert gefahren, heißt es vor Gericht. Zurückgerechnet ist von zumindest 0,78 pro Mill die Rede. Sie ist eingeschlafen, ins Bankett gekommen, hat den Wagen verrissen und ist in ein entgegenkommendes

Fahrzeug gekracht. Ein 37-jähriger Mann, Vater von zwei Kindern, stirbt. Burger bekennt sich schuldig, spricht vom schlimmsten Fehler ihres Lebens, entgegen ihrer Pläne doch noch zu fahren. Sie denke jeden Tag an die betroffene Familie und es tue ihr unfassbar Leid.

Verteidiger Johannes Ölberg

Meine Mandantin weiß, dass sie für den Tod eines Menschen verantwortlich ist. Sie weiß,

dass sie durch alles, was sie jetzt danach tut, diesen Menschen auch nicht wieder zurückbringen kann. Und der Strafverfahren war von dieser Verantwortung Übernahme und auch von diesem speziellen Nacht-Hart-Verhalten gekennzeichnet.

Roy, die der Richter in seiner Urteilsbegründung anerkannt hat, er hat aber den unbedingten Teil der Strafe auch mit Generalprävention begründet. Für die drei Monate unbedingt der Haft besteht die Möglichkeit einer Fußfessel, darüber entscheidet die zuständige Justizanstalt. Burger wurde bei dem Unfall verletzt, sie leidet nach wie vor an den psychischen Folgen.

Im Sudan liefern an der Armee und Paramilitärs den dritten Tag in Folge heftige Kämpfe. Besonders heftig wird in der Hauptstadt Khartoum gekämpft, beide Seiten reklamieren militärische Erfolge für sich, unabhängige Informationen dazu gibt es derzeit nicht. Laut dem sudanesischen Ärzteverband sind schon mindestens 97 Zivilisten bei den Kämpfen ums Leben gekommen, Karin Koller berichtet.

Heftige Luftangriffe und Artilleriebeschuss fast ohne Unterbrechung. Das berichten Bewohner aus Khartoum über die sozialen Medien. Die Menschen halten sich in ihren Häusern versteckt oder in improvisierten Schutzräumen. Es gibt keinen Strom, kein Wasser. Und langsam gehen auch die Lebensmittelvorräte aus. Niemand traut sich mehr auf die Straße, schildert ein Reborder der BBC.

Die Kämpfe dürften sich derzeit um den internationalen Flughafen von Khartoum konzentrieren, so wie

um den Präsidentenpalast und die Militäreinrichtungen der Stadt. Beide Seiten, also sowohl die Armee als auch die gegnerischen RSF-Milizen, reklamieren für sich, diese strategischen Punkte unter ihrer Kontrolle zu haben. Unabhängig überprüfbar ist dies derzeit aber nicht. US-Ausminister

Anthony Blinken hat beide Seiten zu sofortiger Waffenruhe und Rückkehr an den Verhandlungstisch aufgerufen.

Anzeichen dafür gibt es bisher aber keine. Im Sudan geht es um einen Machtkampf zweier Militärchefs Abdelverdach Al-Buran, der Schäfte sudanesischen Armee auf der einen Seite und auf der anderen, der Schäf der RSF-Milit Mohamad Dargalo, genannt Hemedi. Während des Budsches

2021 waren sie noch Verbündete, jetzt kämpfen sie jeweils um die Alleinherrschaft. Unmittelbare Auslöser der jetzigen Kämpfe, die geplante Eingliederung der Milizen in die reguläre Armee.

Einigkeit und Entschlossenheit gegenüber Aggressoren, die die internationale Ordnung stören, wollen unterdessen die Außenminister der größten westlichen Industrienationen demonstrieren. Die Hauptadressaten sind da natürlich Russland und China. Vom G7-Treffen in Japan berichtet Christian Leninger.

Schon einen Tag vor dem Ende des G7-Treffens im japanischen Kurort Karuisawa, Trikyoshimi Hayashi, der Außenminister des Gastgeberlandes, mit den wichtigsten Botschaften vor die Presse. Die Ministerinnen und Minister haben beteuert, wie wichtig Stabilität in der Taiwan-Straße ist und dass alle Probleme dort daher friedlich gelöst werden müssen. Um was die Ukraine betrifft, dass Russland alle seine Truppen sofort und ohne Vorbedingungen zurückziehen muss, such Hayashi.

Es sind erwartbare Worte, Einigkeit gegenüber China und Russland zu zeigen, ist das wichtigste Ziel des Treffens der größten westlichen Länder.

Doch die große Frage ist, wie einig sich die G7 wirklich ist. Erst vor kurzem hatte jeder französische Präsident Emmanuel Macron gemeint, Europa soll sich nicht von den USA in einen Konflikt um Taiwan hineinziehen lassen. Heute versucht die französische Außenministerin Kathrin Colonna sichtlich diese Aussagen etwas zu korrigieren.

Frankreich und die USA sind gute, starke und alte Verbündete. Wir senden dasselbe Signal an die Welt, dass in jeder Situation die Einhaltung des Völkerrechts die Vorbedingungen für alles andere ist, so Kolonna. Also doch eine Warnung an China, Taiwan nicht anzugreifen. Und auch die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock verspricht, dass sich Deutschland nicht nur um Konflikte in Europa kümmern werde.

Wir Europäer konnten angesichts der russischen Aggression auf die Solidarität anderer Partner weltweit zählen. Solidarität darf nie eine Einwandstraße sein. Unsere Partner müssen auf uns zählen können. Das gilt gerade für den Indo-Pacific eine, wenn nicht die Region, in der sich entscheidend wird, wie die internationale Ordnung im 21. Jahrhundert aussieht. Worte, die nicht nur die USA, sondern auch das Gastgeberland sicher gerne hören, fühlt sich durch Japan durch das aggressive Auftreten Chinas zunehmend bedroht und will das G7-Treffen nützen, um sich der Unterstützung der anderen G7-Mitglieder zu versichern.

Der prominente russische oppositionelle Vladimir Karamursa ist heute in Moskau wegen Hochverrats

zu 25 Jahren Haft im Straflager verurteilt worden. Es ist die bisher längste Haftstrafe, die ein Regime und Kriegsgegner in Russland verbüßen muss. Der 41-jährige Karamursa hat in den vergangenen Jahren bereits zwei mutmaßliche Giftanschläge überlebt. Aus Moskau berichtet Miriam Bella.

Vor der Urteilsverkündung bildet sich eine lange Schlange vor dem Moskauer Gericht. Der Andrang ist groß. Neben ausländischen Journalisten und russischen Menschenrechtsaktivisten sind auch Diplomatinen und Diplomaten aus 40 Ländern anwesend, darunter Botschaftsvertreter aus den USA, Großbritannien, Deutschland und Österreich. Das Gericht wirft Vladimir Karamursa Hochverrat und weitere Gesetzesverstöße wie die Herabwürdigung der russischen Armee vor. Der 41-jährige war vor einem Jahr verhaftet worden, nachdem er die russische Führung für den Einmarsch in die Ukraine kritisiert hatte. Karamursa als Anwältin Maria Esmund betont das beispiellose Strafausmaß.

In diesem Land haben Menschen 25 Jahre Haft für mehrfachen Mord erhalten. Aber dass jemand 25 Jahre nur für seine legalen, politischen und öffentlichen Aktivitäten bekommt, das ist das erste Mal, dass wir so etwas erleben.

Menschenrechtsaktivist und Freund Karamursas Oleg Olof spricht von einem Schauprozess. Das Urteil ist einfach entsetzlich. Entsetzlich in seiner Grausamkeit, Ungerechtigkeit und völligen Unvereinbarkeit mit jeglicher Rechtsstaatlichkeit. Es hat einmal mehr bewiesen, dass Russland

heute ein totalitärer Staat ist, in dem es keine Freiheiten und keine Rechte gibt.

Karamursa ist laut seiner Anwältin gesundheitlich schwer angeschlagen. In Haft soll der politische Aktivist bereits 17 Kilogramm an Gewicht verloren haben.

Die Menschenrechtsverletzungen im Iran rufen unterdessen einmal mehr die Politik. In Österreich auf den Plan Vize-Kanzler Kogler von den Grünen hat sich in seiner Funktion als Sportminister an seinen iranischen Amtskollegen gewandt. In einem Brief setzt sich Kogler für die Freilassung des iranischen Karatemeisters ein, der wegen seines Engagements für demokratische Rechte

zum Tode verurteilt wurde. Eva Haslinger informiert.

In einem Brief wendet sich Vize-Kanzler Werner Kogler an den iranischen Sportminister. Er appelliert an seinen Amtskollegen, sich für die Freilassung von Saleh Miraschemi einzusetzen. Der iranische Karatemeister hatte, offenbar unter Folter, gestanden an einer bewaffneten Gruppe beteiligt gewesen zu sein. Kogler?

Die Erfahrung zeigt, dass öffentliches Engagement von Politikern anderer Länder schon dazu beitragen

können, dass die Vorstreckung dieser Urteile ausgesetzt wird. Also ganz aussichtslos ist es nicht.

Ende des Vorjahres haben Parlaments Abgeordnete Patenschaften für 183 Inhaftierte im Iran übernommen.

Das habe etwas gebracht, Sintneus-Abgeordneter Helmut Brandstetter und ÖVP-Mandatar Reinholt Lopatka überzeugt.

Seit wie alle Patenschaften übernommen haben und wir, meine ich, europäische Abgeordnete, aber auch NGOs, auch Bezirksräte, auch Landtage, ist zumindest kein trutes Urteil mehr gefallen. Es hat sicherlich etwas gebracht, es hat vor allem Aufmerksamkeit gebracht und auch Aufregung auf iranischer Seite.

Von unterschiedlichen Erfahrungen berichtet Petra Baier von der SPÖ.

Ich weiß von einem Kollegen, wo der Mann zum Tod verurteilt und doch das Urteil auch vollstreckt worden ist. Ich weiß von anderen, die nach wie vor im Gefängnis sitzen, wo man überhaupt nicht weiß, wie es weitergeht, wo man überhaupt keinen Kontakt hat. Manche sind frei. Es ist sehr unterschiedlich.

Auch die Grünen berichten von Freigelassenen und nach wie vor Inhaftierten.

Deutschland ist auf dem besten Weg, seine Klimaziele zu verfehlen, mahnt der Expertenrat für Klimafragen. Insbesondere, dass an einer nächtlichen Krisensitzung entsprungene Vorhaben die Kriterien für die Klimaziele aufzuweichen, stößt bei der Nexpert noch völliges Unverständnis. Aus Berlin berichtet Andreas Sjörlí.

Die Mahnung ist deutlich, wenn die Teibhausgasemissionen weiter so langsam sinken, wie in den letzten

Jahren werden die Klimaziele 2030 klar verfehlt. Hans-Peter Henning, Vorsitzender des Expertenrats für Klimafragen.

Wahrscheinlich würden wir dann eher bei 55 Prozent vielleicht liegen oder zwischen 50 und 60 statt bei 65 Prozent Minderung.

Im vergangenen Jahr wurde das Ziel zwar erreicht, aber nicht wegen mehr Klimaschutz, sondern wegen des Ukrainekriegs und dem geringeren Wirtschaftswachstum, weil weniger produziert wurde, so die stellvertretende Vorsitzende Brigitte Knopf.

2022 haben wir die Ziele vor allen Dingen deshalb eingehalten, weil sie krisenbedingt waren.

Durch weniger Emission der Industrie konnten andere Klimasünden kompensiert werden.

Negativ auf die Bilanz wirken vor allem Abgase von Autos und Heizungen.

Die Sektoren, Gebäude und Verkehr haben ihre jeweiligen Zielwerte für das Jahr 2022 überschritten.

Äußerst kritisch bezahlt der Expertenrat die Pläne der Regierung, das Klimaschutzgesetz zu lockern, in dem künftig nicht mehr verbindliche Jahresziele gelten sollen und auch nicht mehr

für jeden Sektor oder Bereich extra.

Wir sehen eigentlich, dass wir in keinem Sektor wirklich auf einem guten Weg sind.

Und das heißt, auch wenn wir aggregiert betrachten, ist es nicht so, dass ein Sektor dem anderen was ausleihen könnte, dass es da irgendwo Puffer gibt.

Der Expertenrat für Klimafragen pocht darauf, dass weiterhin strenge verbindliche Kriterien gelten und verweist auf ein Urteil des Verfassungsgerichts aus dem Jahr 2021, wonach die deutschen Klimaziele

zu lachs- und zu nachlässig seien.

Viel zu tun gibt es auch noch, wenn es um den Tierschutz geht.

Jedes Jahr werden Milliarden von Tieren innerhalb der EU hin und her transportiert.

Zur Aufzuchtmast oder Schlachtzwecken.

Es seien zu viele und zu lange Tiertransporte, bei denen die Tierschutzstandards immer noch zu oft nicht eingehalten würden, bemängelt der Europäische Rechnungshof und fädert Änderungen des Fördersystems im Sinne des Tierwolls.

Birgit Schwarz berichtet.

In einem EU-Land können Tiere billig aufgezogen werden, in einem anderen billig geschlachtet.

Das wiederum führt laut Europäischem Rechnungshof zu massenhaften Tiertransporten, um auch nur

den geringsten Kostenvorteil auszunutzen.

Die Kostenunterschiede in den einzelnen Regionen schaffen große Anreize für Tiertransporte, sagt Berichterstatteerin Eva Lindström.

Mehr als ein Drittel der Transporte dauert länger als acht Stunden.

Die Tierschutzstandards werden dabei nicht immer eingehalten.

Verstöße werden von den einzelnen EU-Ländern unterschiedlich bestraft.

Bis zu 25.000 Euro zahlt man in Deutschland.

In Italien und Rumänien kann man mit nur 1.000 Euro Strafe davonkommen.

Auch das führe zu großen Umwegen, längeren Transporten.

Mehr Tierlei, sagt Eva Lindström.

Die unterschiedlichen Bestrafungssysteme laden zu Kontrollshopping ein.

Jede Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied.

Der Europäische Rechnungshof schlägt vor, lokale und mobile Schlachthanlagen zu fördern und Fleisch anstelle von lebenden Tieren zu transportieren.

Außerdem sollte es mehr Transparenz bei der Kennzeichnung von Fleisch geben.

Bisher sei das Tierleid bei den Transporten nicht eingepreist, sagt Eva Lindström.

Das Tierleid gibt es derzeit umsonst.

Mit seiner Analyse will der Europäische Rechnungshof eine Grundlage schaffen für neue Regelungen bei der Erzeugung, Nutzung und beim Konsum von Fleisch, um nachhaltiges Verhalten zu fördern.

Knapp 14 Jahre nach einem verheerenden Flugzeugunglück vor Brasilien wurden Air France und Airbus heute freigesprochen.

Die Familien der 228 Todesopfer hatten auf fahrlässige Tötung geklagt.

Das konnte vor Gericht aber nicht nachgewiesen werden,

berichtet aus Paris Cornelia Primosh.

Die Ausführungen der Richterin im Verhandlungssaal des neuen Pariser Justizpalastes

ließen die Hinterbliebenen schon hoffen.
Sie hält fest, dass Air France und Airbus nachlässig und unvorsichtig gehandelt hätten.
Das Gericht erkenne darin jedoch keinen eindeutigen kausalen Zusammenhang mit dem Flugzeugabsturz, der 228 Menschenleben gefordert hat.
Die Hinterbliebenen reagieren bestürzt.
Daniela Mie hat am 1. Juni 2009 ihren Sohn verloren.
Die Mächtigen kommen ungestraft davon.
Wir sind angesichts dieser Ungerechtigkeit schockiert.
Nach 14 Jahren des Wartens bleibt uns Familien nur Hoffnungslosigkeit.
Der Air France-Flug AF-447 war am Weg von Rio nach Paris.
Über dem Atlantik fielen die Sonden für die Geschwindigkeitsmesse aus, weil sich darauf Eis gebildet hatte.
In der weiteren Folge kam es zu Pilotenfehlen.
Keiner der Insassen hat den Absturz überlebt.
Zum ersten Mal wurde ein Strafrechtsprozess gegen eine Fluglehne und einen Flugzeugbauer zugelassen.
Jedes Urteil wird somit mit Aufmerksamkeit von der Luftfahrtbranche verfolgt.
Mit dem Freispruch aber eröffnet die Richterin den Hinterbliebenen, die Möglichkeit, zivilrechtlich gegen Air France und Airbus vorzugehen.
Kostes, was es wolle, das könnte man heuer auch mit Blick auf den Sommerurlaub sagen.
Denn nach Jahren der Pandemie sind die Menschen urlaubsreif und lassen sich offenbar auch von aktuell geschmalt seinen Preisen nicht vom Reisen abhalten.
Die Preise für Flüge und Mietautos sind jedenfalls deutlich gestiegen, Cornelia Krebs berichtet.
Auf Last-Minute-Angebote sollten sich reiselustige Heuer eher nicht verlassen.
Die Nachfrage sei insgesamt groß, sagt Helga Freund vom Verkehrsbüro, dem größten Reiseveranstalter Österreichs.
Last-Minute gibt es sicher nicht, so wie in den letzten Jahren, weil es natürlich auch nach Angebote und Nachfrage geht.
Es gibt aber immer noch ganz gute Angebote, wenn man flexibel ist.
Das Um- und Auf-Sei-Heuer so früh wie möglich zu buchen.
Die Österreicher, die früh gebucht haben dieses Jahr, sind sicherlich auch die Gewinner, weil es ja diese Frühbucher Rate gibt.
Und was man jetzt aber durchaus noch machen kann, ist, wenn man nicht unbedingt im Juli-August davon abfahren muss, dass man die Nebensaison wählt.
Grundsätzlich lohne sich der Blick auf Vergleichsplattformen, wichtig sei auch vorab zu prüfen, wie es mit den Störnobedingungen ausschaut, red Maria Semrat vom Verein für Konsumenteninformation.
Insbesondere dann, wenn man weiß und im Hinterkopf hart ist, könnte was passieren, das könnte irgendwie jemand pflegebedürftig sein oder vielleicht hat man Kinder und da könnte es irgendwie zu Planänderungen im Urlaub kommen, dass man dann dadurch abgesichert ist.

Am meisten sparen Reisende heuer übrigens in Spanien und den USA.

Bei diesen beliebten Destinationen

ist das Einsparungspotenzial für Frühbuche und Bucherinnen

aktuell besonders hoch.

In Vorarlberg könnte vielen jetzt wieder etwas mehr Geld für den Urlaub

bleiben, denn dort wird der Strompreis nach einer saftigen Erhöhung

zum Monatsbeginn jetzt doch wieder gesenkt.

Thomas Giesinger mit den Einzelheiten.

Der Strom wird in Vorarlberg um 20 Prozent billiger als derzeit.

Ab Juli kostet die Kilowattstunde 19 Cent.

Damit werden die Ilwerke VKW

zum günstigsten Landesenergieversorger in ganz Österreich.

Ab 1. Juli gibt es für alle Privathaushalte

und für alle Unternehmen mit einem Jahresverbrauch von maximal 100.000 Kilowattstunden

ein neues Produkt.

Sie alle müssen also den Tarifwechseln um vom günstigeren Preis zu profitieren.

Doch trotz Senkung ist der Preis fast doppelt so hoch

als noch vor der Erhöhung Anfang Monat.

Die 19 Cent pro Kilowattstunde sind bis März 2025 gedeckelt.

Teurer darf der Tarif nicht werden, sehr wohl aber billiger,

beispielsweise wenn die Preise auf dem Großhandelsmarkt weiter sinken.

Die Strompreisbremse des Bundes und auch der Vorarlberger Strompreisrabat

greifen auch beim neuen günstigeren Preis.

Die Meldungen jetzt, Felix Schneidersturm, bitte.

Der sudanesische Machthaber Al Burhan ordnet die Auflösung

der paramilitärischen RSF an,

gegen die seine Armee mittlerweile den dritten Tag in Voll gekämpft.

Die RSF fordert eine Intervention der internationalen Gemeinschaft.

Die befürchtet wiederum, dass sich der Konflikt im Sudan

in einen Bürgerkrieg ausweitet.

UNO-Generalsekretär Antonio Guterres plädiert für die Einstellung der Kämpfe.

Finanzminister Magnus Brunner verteidigt

die Anti-Teuerungsmaßnahmen der Regierung.

Der Staat könne nicht alles ausgleichen.

Die Gesellschaft müsse die Erwartungshaltung an den Staat herunterschrauben, so Brunner.

Zuletzt wurde kritisiert, dass Österreichs Politik

vor allem auf Einmalzahlungen und Gießkannenverteilung gesetzt hat.

Sechs Tage vor der Salzburger Landtagswahl erinnern die Behörden daran,

dass Wahlkarten heuer ausschließlich in Wahllokalen der Hauptwohnsitzgemeinde

abgegeben werden können und nicht mehr in anderen Gemeinden.

Das unterschriebene Kuvert muss außerdem bis Wahlschluss bei der Gemeinde eingelangt sein.

Der Welsermöbelkonzern XXX Lutz darf den Online-Möbelhändler Home24 übernehmen.

Die EU-Kommission hat den Erwerb heute genehmigt.

Trotz der Bedenken anderer Möbelhersteller und Einzelhändler

[Transcript] Ö1 Journale / Abendjournal um 18 (17.04.2023)

kommt die Kommission zum Schluss, dass die geplante Übernahme keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft.

Der Marktanteil der fusionierenden Unternehmen würde sich nämlich nur geringfügig erhöhen, heißt es.

Portugiesische Zeitungen sprechen von einem Wunder.

Im Meer vor der Küste Portugals ist eine vermisste junge Frau gestern rund 22 Stunden nach ihrem Verschwinden gerettet worden.

Sie hat die Nacht auf einem Paddelbrett in ihrem Bikini verbringen müssen.

Ein niederländischer Frachter hat die stark unterkühlte 17-Jährige 45 Kilometer vor der Küste entdeckt und am Bord genommen.

Sie ist mittlerweile wohl auf.

Das Wettermorgen bringt viele Wolken und etwas Regen, vor allem in Teilen Ober- und Niederösterreichs.

Sonst weitgehend trocken bei 7 bis 17 Grad.

Vielen Dank, das war das Abendjournal im Namen des gesamten Teams.

Christine Tönicke, Frankenberger Regie und Dietmar Nürig Technik verabschiedet sich.

Barbara Schieder, jetzt geht es weiter mit dem Journal Panorama und Elisabeth Wasch.

E1 Journal Panorama